

Im Mai rollen die Bagger an

Sanierung der Hauptstraße

Bad.Zeit. 19.4.2006

GOTTENHEIM (ms). Die Arbeiten zur Sanierung der Hauptstraße inklusive der Kanalbau und die Arbeiten zur Wasserversorgung wurden in der jüngsten Gemeinderatssitzung einstimmig an die Firma Knobel-Bau aus Hartheim vergeben. Die Firma gab mit 885 000 Euro das günstigste Angebot der insgesamt vier Bieter ab. „Die Angebote sind nahe an der Kalkulation dran“, lobte Bürgermeister Volker Kieber die Arbeit des Ingenieurbüros Bausenhardt, Manzke und Partner, das für die Planungen und die Ausschreibung verantwortlich war. Er habe aber insgeheim auf günstigere Angebote gehofft, gab der Bürgermeister zu. Doch durch den langen Winter seien die Firmen derzeit wohl ausgelastet.

Eckhard Manzke erläuterte anschließend die Ergebnisse der Ausschreibung. Insgesamt seien rund 950 000 Euro für die Arbeiten in den Haushalt eingestellt gewesen, es gebe also mit rund 70 000 Euro noch etwas Luft. Die Gemeinde werde rund 690 000 Euro für die Gehwege und den Kanal bezahlen müssen, die restlichen Kosten für die Straßensanierung übernehme das Straßenbauamt. Bürgermeister Kieber informierte zudem noch darüber, dass nach genauer Prüfung auch

der Kanal zwischen Rathaus und Waltershofer Straße ausgetauscht werden muss. Daher wolle er die Straßensanierung in diesem Bereich nach Absprache mit dem Regierungspräsidium ins Jahr 2007 verschieben. Insbesondere, weil dann auch neue Gasleitungen gelegt werden sollen.

Der Beginn für alle anderen Bauarbeiten ist bereits für Anfang Mai vorgesehen, so die Information an den Gemeinderat. Sie sollen, so weit das möglich ist, noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Der Auftrag für die Beweissicherungsleistungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Hauptstraße wurde vom Gemeinderat einstimmig an Diplomingenieur Erst B. Stoelker aus Freiburg vergeben. Er war mit rund 3500 Euro der günstigste Anbieter. Die Beweissicherung sei insbesondere im Bereich zwischen Rathaus und Salzgasse notwendig. informierte Bürgermeister Volker Kieber die Gemeinderäte. Hier müsse eine aus Beton gegossene Entwässerungsrinne abgerissen werden. Im Beweissicherungsverfahren soll der Zustand der angrenzenden Gebäude dokumentiert werden, um festzustellen ob eventuell auftretende Schäden tatsächlich auf die Bauarbeiten zurückzuführen sind.